

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel:
Tageblatt Rieser.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen befähigter Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Strohkasse:
Rieser Nr. 22.

Nr. 283.

Dienstag, 5. Dezember 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Verzögerungen der Abgabe und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Rundschreib- (8 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; weitläufiger und abelartiger Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife, Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Mittägliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Verlagsnummer: 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Rieser.

Die bevorstehende Steuerreform.

Staatssekretär Reinhardt vor den Berliner Hausbesitzern.

Schönes Spanien . . .

Stimmwahlen, Regierungskrise, Putschversuch, Ausnahmegericht.

Dem Europäer kommt manches „spanisch“ vor, was sich leicht auf der Iberischen Halbinsel erklärt. Der Ausnahmezustand, den ein außerordentlicher Ministerrat noch in der Sonntagnacht beschloß, beleuchtet erst die revolutionäre Situation des heutigen Spanien. Sozialistische Verschwörungen, Streiks in Barcelona und dazu Rechtsradikalismus sind das Schicksal dieser jüngsten europäischen Republik.

Wie kam es eigentlich zu einer solchen Verwirrung, die durch den Rücktritt führender Kabinettsmitglieder nur noch gesteigert wurde? Am 9. Oktober bildete der Radikalpolitiker Barrios eine Regierung, die vom Staatspräsidenten einen einzigen Auftrag mitbekam: die Cortes aufzulösen und die Neuwahl ordnungsgemäß durchzuführen. Barrios und seine Mitarbeiter machten sich also darauf gefaßt, nur für eine Uebergangszeit im Amt zu bleiben.

Am 19. November! Dauf geschickter Listenverbindung errang die Rechtskoalition (in der Katholiken, Agrarier und Traditionsallianzen zusammengefaßt waren) einen überraschenden Erfolg. Die Regierung geriet ganz aus dem Häuschen. Dennoch ließ sich der gewaltige Sieg der Rechten nicht als das lag wenigstens in der Nacht der Regierung, über das bedeutende Wahlergebnis möglichst lange einen unübersichtlichen Schleier zu breiten. Die Ungewissheit über den Wahlausgang ließ die tollsten Gerüchte aus dem Boden spritzen. Bei den Marxisten und Sozialisten gewahrte man eine verstärkte unterirdische Propagandaaktivität. Es wurde also zur Gewissheit, daß die Linke ihren blamablen Mißerfolg bei den Wahlen nicht so ganz widerprüchlos hinnehmen würde.

Einen Tag vor den auf den 2. Dezember angelegten Stimmwahlen entschloß sich der Innenminister Risco Anello endlich zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse vom 19. Nov. Die bekämpften alle republikanischen Verfassungen. Die „Rechtskoalition“ nahe an der absoluten Majorität! Die Sozialisten in den alten Cortes mit 140 Abgeordneten die härteste Fraktion, mit 100 und 27 Mann stark! Ferrrouz, der sich als Führer der härtesten linksbürgerlichen Gruppe der Radikalen vor allem verantwortlich fühlte für das Schicksal der spanischen Republik, überdachte die künftigen Koalitionsaussichten. So anstrengend er aber auch überlegte, nie ging seine Rechnung auf. Am liebsten wäre es diesem republikanischen Kämpfer gewesen, eine Regierungskoalition zwischen Radikalen und Agrariern — den härtesten bürgerlichen Gruppen des neuen Parlaments — zusammenzubringen. Aber die Agrarier verstanden sich nicht für ein Einsegericht. Die Rechtskoalition stellte an Ferrrouz das Ansehen, sofort in eine Aenderung der Verfassung einzuwilligen. Das kann aber Ferrrouz nicht übers Herz bringen, der doch selber einen entscheidenden Anteil in der neuen republikanischen Verfassung hat. Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung sind auch durch die Stimmwahlen nicht sonderlich gemildert worden. So macht man sich in Madrid schon mit dem Gedanken vertraut, daß die neugewählten Cortes aufgelöst werden, bevor sie noch ihre Tätigkeit richtig begonnen haben. Wie soll der gordische Knoten anders gelöst werden?

Die Linksparteien — und hier heißt der dritte Akt der spanischen Tragödie an — wissen einen Ausweg: die gewalttätige Erhebung, den bewaffneten Aufstand, den Putsch. Wie schon so oft, machen sich Sozialisten und Gewerkschafter nicht das geringste aus den berühmten Spielregeln der Demokratie, wenn das Glück gegen sie ausschlägt. Dann appelliert man nach bewährtem Vorbild unmittelbar an das Volk. Dann zieht der Straßenmob mit dem Gesang der Internationale, rote Fahnen schwenkend, durch die Städte, eckert öffentliche Gebäude, leßt die Behörden unter Druck. Das ist gegenwärtig die Situation der spanischen Republik. Mögen die Komünisten acht geben. . . Die Regierung Barrios hat rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen gegen einen Aufstand von links getroffen. Die Guardia Civil steht Gewehr bei Fuß, und gegen die Verschwörer ist alles Erforderliche veranlaßt worden. Der Ausnahmezustand kommt den Ruhestörern denkbar ungelegen. Aber die linksradikalen Spekulationen auf den Verfall der Regierungsgewalt, der in den letzten Tagen sichbare Fortschritte machte. Der Justizminister Botella war der erste, der nach dem niederschmetternden Wahlergebnis sein Rücktrittsgesuch einreichte und auch von seinen Kollegen nicht mehr an die republikanische Disziplin erinnert sein wollte. Die Minister, die sich der Linken zugehörig fühlten, waren drauf und dran, gleichfalls die Waffen zu strecken. Nur auf vieles Zureden ließen sie sich schließlich herbei, noch den Tag der Stimmwahlen abzuwarten. So droht also außer den vielen

Die finanzpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung.

Auf einer Kundgebung der Hausbesitzer in Berlin hielt der Staatssekretär im Finanzministerium, Reinhardt, eine Rede. Er gab zunächst einen Ueberblick über die finanzpolitischen Maßnahmen der Regierung zur Arbeitsbeschaffung. Im Rahmen der verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprogramme seien bereits 500 Millionen RM ausgezahlt worden, und es würden noch 1230 Millionen RM ausgezahlt werden. Der unmittelbare Umsatz, der sich aus dem Arbeitsbeschaffungsgesetz vom 1. Juni 1933 ergibt, betrage nicht nur eine Milliarde sondern weit mehr, weil die Beträge, die aus der Milliarde gegeben werden, in vielen Fällen nur einen Teil der Finanzierung einer Arbeit darstellen und die Restfinanzierung aus eigenen oder anderswoher beschafften Mitteln erfolge.

Eingehend beschäftigte sich der Staatssekretär mit dem Gebäudeinstandsetzungs-gesetz vom 21. September 1933, durch das etwa 500 Millionen RM zur Förderung von Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden zur Verfügung gestellt werden. Er legte im einzelnen die Vorteile dar, die sich für den Hausbesitzer aus diesem Gesetz ergeben. Wer die Gelegenheit, sein Haus instand zu setzen oder zu ergänzen, jetzt nicht wahrnimmt, der muß später die Aufwendungen reißlos aus eigenen Mitteln bestreiten und auf jeden Zuschuß des Reiches und auf jegliche steuerliche Vergünstigung verzichten.

Zur Steuerpolitik und Steuerreform führte der Staatssekretär aus: Das Reichsfinanzministerium sei gegenwärtig bei den Vorbereitungen für eine grundlegende Vereinfachung des gesamten deutschen Steuerwesens. Es werde ein Steuersystem geschaffen, das sozialgerecht sei und wirtschaftlich tragbar sei. Der Hausbesitzer werde eine nicht unbedeutende steuerliche Erleichterung erfahren. Weiter sei eine allgemeine Ermäßigung des Einkommensteuertarifs in Aussicht genommen. Der Einkommensteuertarif solle nicht mehr mit 10 sondern mit 8 v. H. beginnen und nicht mehr bis zu 50 v. H. reichen, sondern schon weit tiefer seine Höchstgrenze erreichen. Darüber hinaus seien bedeutende Kinderermäßigungen in Aussicht genommen; diese sollten 15 v. H. der Einkommensteuer für das erste, 20 v. H. für das zweite, 25 v. H. für das dritte und 30 v. H. für das vierte und jedes weitere Kind betragen. Bei der Erbschaftsteuer sei beabsichtigt, die Besteuerung des Erbes von Ehegatten, Kindern und Enkeln zu beseitigen. Weitere Entlastungen seien bei der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe in Aussicht genommen. Auch mit der Frage der Haussteuer werde man sich im Rahmen des Steuerumbaus befassen.

Das Wesen der Steuerreform werde darin bestehen, mit der Komplexität des Steuerrechtes sofort, mit der Viel-

heit der Steuern im Laufe einiger Jahre Schluss zu machen. Reich, Länder und Gemeinden würden steuerlich als Einheit betrachtet werden. Die Vereinfachung des Steuerwesens werde in ihrer Ganzheit zu einer Senkung der auf Produktion, Verbrauch und Besitz ruhenden Lasten führen und eine Generalmaßnahme zur Gewinnung von Wirtschaft und Finanzen darstellen.

Der Erfolg der Hausinstandsetzungen

Am Stelle des durch Krankheit verhinderten Reichsarbeitsministers Selbte sprach der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Krohn. Er erinnerte an den im Jahre 1932 erfolgten ersten Versuch, durch Reichszuschüsse die Schäden und Verfallerscheinungen an den Häusern wieder zu beseitigen. Die Rückwirkungen der Zuschüssen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung seien so vorzüglich gewesen, daß eine Fortsetzung dieser Aktion in das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieses Sommers aufgenommen worden sei. Ueber den Erfolg der großen Instandsetzungsaktion der Reichsregierung sagte der Staatssekretär u. a., daß sich schon jetzt äußerst günstige Auswirkungen zeigten. Wenn man bedenke, daß die leerstehenden Großwohnungen ein besonders drückendes Problem für den Hausbesitzer bildeten, so sei die Feststellung höchst erfreulich, daß die Zahl der durch Instandsetzungen gewonnenen Wohnungen geradezu sprunghaft gestiegen sei. Sie habe sich 1933 gegen 1931 fast verdreifacht. Auch die Auswirkungen auf das Handwerk seien sehr günstig, ebenso für den Arbeitsmarkt. Die Zahl der arbeitslosen Hausarbeiter habe vom Februar bis Oktober d. J. um über 350 000, d. h. fast um 58 v. H. abgenommen.

Wer heute kein Haus erneuert und verbessert, nicht nur und nicht in erster Linie sich selbst, er schafft einem sonst zum Hungern verurteilten Volksgenossen Arbeit und Brot.

Staatssekretär Feder vom Reichswirtschaftsministerium führte aus: Das Mindereinkommen an Rietsbeträgen gegen 1913 betrage 1,25 Milliarden RM; gleichzeitig sei der Wert des Hausbesitzes von 100 Milliarden auf 35 bis 40 Milliarden gesunken. An dieser Entwertung seien die früheren Regierungen schuld. Ein wirtschaftlicher Aufstieg sei nur zu erwarten, wenn das politische Fundament des Nationalsozialismus gelegt sei. Nach der wirtschaftlichen Sanierung werde auch der Hausbesitz wieder eine gesunde Grundlage erhalten. Grundsätzlich sei zu betonen: Zinsen und Steuern könnten nur aus den Erträgen gezahlt werden; so sei das viel verkantete Wort von der Senkung der Zinsen zu verstehen.

anderen Gefahren noch die Regierungskrise. Und kein spanischer Politiker mehr, wie sich aus diesem Wirrwarr ein Ausweg finden läßt.

Jedes junge Staatswesen hat seine Kinderkrankheiten. Von einem innerlich gefestigten Staat werden sie mühelos getragen. Aber ist die spanische Republik diesen Anforderungen gewachsen? Haben die Spanier bereits genug vom Parlamentarismus, der es beispielsweise getrotzt, daß sich nicht weniger als 18 Parteien in den Cortes niederlassen werden? Den Mangel einer einheitlichen Willensbildung müssen die republikanischen Staaten in Kauf nehmen. Durch politische Disziplin und staatsbürgerliche Erziehung läßt sich dieser Mangel einigermaßen ausgleichen. Wie weit ist aber Spanien von solcher weisen Wahrung entfernt? Vorläufig verlannt noch der Straßenpöbel sein Recht und die Polizei steht in Alarmbereitschaft. Mit ernster Sorge blicken alle wohlmeinenden Spanier (und nicht nur sie) in eine Zukunft, die mehr als je von grauem Nebel verhüllt ist.

Dr. Goebbels bei der Reinführung des Winterhilfswerks.

* Berlin. Reichsminister Dr. Goebbels verweilt längere Zeit in der Reinführung des Winterhilfswerkes

und ließ sich eingehend über die Arbeit der einzelnen Abteilungen berichten. Der Reichsführer des Winterhilfswerkes, Pa. Hilgenfeldt, zeigte dem Minister die Arbeit, die bis in die tiefe Nacht hinein alle Helfer und Mitarbeiter in dem Kampfe gegen Hunger und Kälte schäft. Gerade in diesen Tagen, in denen die Ausgabe von Lebensmitteln, Kohlen und sonstigen Unterhaltungen von größter Bedeutung für alle Hilfsbedürftigen ist, kennt niemand, der an der Organisation dieser großen Arbeit mitwirkt, Ruhe und Erholung. Der Minister besichtigte insbesondere die Kohlenabteilung, die Organisationsabteilung, die Statistik und die Postisch- und Finanzabteilung, in der täglich Tausende und aber Tausende von Buchungen vorgenommen werden müssen. Das Winterhilfswerk, getragen von der Organisation der RZ-Volkswohlfahrt, fand den vollen Beifall Dr. Goebbels. Der Minister äußerte sich dahingehend, daß er die im Rahmen des Kampfes gegen Hunger und Kälte geleistete Arbeit als eine Kulturleistung des deutschen Volkes bezeichnete. Nebenbei 2 Stunden verweilt Dr. Goebbels im Deutschen Reichstag; sein Besuch wurde zur überraschenden Freude aller Mitarbeiter am W.H.W. und beweist die enge Verbundenheit der Regierung mit allen in ihrem Dienste stehenden Volksgenossen.

Weihnachtsgeschäfte nur durch Weihnachtsreflame